

Logik nicht verstanden

von

Heiner Flassbeck

WuM, September 2006

Die deutsche Finanzpolitik folgt sie unbeirrt den Empfehlungen des herrschenden Credo: Danach sind die staatliche Verschuldung und die Lohnnebenkosten zu hoch und die Abgabenlast, insbesondere die der Unternehmen, ist immer noch nicht wettbewerbsfähig. Folglich wird 2007 der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,5 % reduziert und zur Finanzierung dessen sowie zur Haushaltskonsolidierung wird der Normalsatz der Mehrwertsteuer um drei Punkte erhöht. Das senkt die Arbeitskosten weiter, entlastet die Exportunternehmen massiv und belastet ebenso massiv die Einkommen der privaten Haushalte. Gleichzeitig plant die Bundesregierung eine weitere substantielle Entlastung der Unternehmen für 2008.

Das ist, würde eigentlich jeder Mensch mit dem halbwegs gesunden Verstand desselben, leicht feststellen können, in einer Wirtschaft mit boomendem Export und daniederliegendem Konsum exakt das Gegenteil dessen, was notwendig ist. Die Finanzpolitiker aber schert das nicht. Sie gehen seit Jahrzehnten immer in die gleiche Richtung, mag der gesunde Menschenverstand sagen, was er will.

Eine interessante Begründung für die Senkung der Unternehmenssteuern hat vor kurzem Hessen Ministerpräsident Koch geboten. Der sagte in der Wirtschaftswoche (28/2006), die Logik der Reform sei es, durch eine attraktive Besteuerung mehr Kapital nach Deutschland zu holen. Diese Logik, meinte er, hätten "manche Sozialdemokraten noch nicht verstanden."

Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Mehr Kapital wollen wir ins Land holen! Wie macht man das eigentlich? Wie importiert eine Volkswirtschaft netto, per Saldo des gesamten Kapitalimports und des Kapitalexports also, und nur darum kann es ja gehen, Kapital in die eigene Wirtschaft und zieht es damit aus einer anderen Volkswirtschaft ab?

Nun, offenbar genau umgekehrt, wie sie zuvor per Saldo Kapital exportiert hat. Die jetzigen Kapitalexporte der Deutschen in die USA z. B. sind offenbar im Laufe der Zeit zusammen mit dem Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands, also dem positiven Saldo der Exporterträge im weitesten Sinne über die Importerträge, gegenüber den USA entstanden. Jedem Euro, der netto in den USA angelegt wurde, entsprach immer genau ein Euro, den Deutsche als Überschuss der Exporte über die Importe erzielt haben.

Bekanntlich kann niemand in der Welt über seine Verhältnissen leben und Schulden machen, also mehr ausgeben als einnehmen, wenn es nicht einen anderen gibt, der mehr einnimmt als er ausgibt. Diesen einfachen Zusammenhang auf die Kochsche Logik angewandt, zeigt, dass es gar nicht so einfach ist, Kapital anzuziehen, weil eine Volkswirtschaft nicht so einfach Kapital von einem Schuldner "abziehen" kann.

Der Abzug von Kapital aus den USA bedeutet nämlich, dass die USA beginnen müssen, ihre in den Jahren angehäuften Schulden zurückzuzahlen oder Eigentumstitel, wie Aktien, die bis-

her Fremde halten, selbst zu übernehmen und in Form von Devisen auszahlen. Um per Saldo an das Ausland zurückzahlen zu können, müssen die USA aber ihre laufende Ausgaben-Einnahmen-Rechnung genau umkehren. Das heißt, die USA müssen anfangen, Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen, also die eigenen Exporte müssen stärker steigen als die Importe aus den Gläubigerländern. Das müssen sie so lange tun, bis alle offenen Forderungen ausgeglichen und genügend Devisen geschaffen worden sind, um die von Ausländern gehaltenen Eigentumstitel problemlos umzutauschen.

In Deutschland ist es logischerweise genau umgekehrt: Die Autos und die Maschinen, die die überragend wettbewerbsfähige Exportnation Deutschland in den USA mit Erfolg verkauft hat kann sie in Zukunft nur noch verkaufen, wenn sie gleichzeitig dafür sorgt, dass die amerikanischen Unternehmen hierzulande sehr viel mehr als bisher absetzen können. Damit dass reibungslos gelingt, muss offenbar in Deutschland die Binnennachfrage angeregt werden oder die Amerikaner müssen zu konkurrenzlos günstigen Preisen in Deutschland anbieten und die heimischen Produzenten verdrängen können. Ersteres machen wir jetzt aber gerade wieder nicht, und letzteres hat die deutsche Wirtschaftspolitik unter dem Namen Standortpolitik über die Jahrzehnte und unter eifrigem Mittun der CDU in den letzten 25 Jahren mit Gewalt verhindert.

Da fragt man sich doch, wer welche Logik nicht verstanden hat. An der Logik des geschilderten Zusammenhangs geht jedenfalls überhaupt kein Weg vorbei. Jeder Gläubiger kann, und Deutschland ist global gesehen ein großer Gläubiger, ohne den Schuldner in den Ruin zu treiben und den Wert der Schulden drastisch zu reduzieren, nur dann Kapital abziehen, wenn der Schuldner in der Lage ist, dieses zu erwirtschaften.

Wer jetzt die Steuern für die Unternehmen senkt, um „Kapital nach Deutschland zu holen“, muss genau das Gegenteil dessen tun, was die deutsche Politik unter dem Slogan „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ oder „Standortpolitik“ die ganze Zeit getan hat, oder er weiß nicht, wovon er redet. Deutschland exportiert in gewaltigem Maße in einer Nettobetrachtung Kapital in den Rest der Welt, weil die „Standortpolitik“, die Politik des permanenten Gürtelenger-Schnallens so erfolgreich war. Über 100 Milliarden Euro werden auf diese Weise in diesem wie schon im vergangenen Jahr ins Ausland transferiert.

Diesen Kapitalexport kann man übrigens für eine Fehlentwicklung halten, weil nichts dafür spricht, dass man dieses Geld ohne massive Verluste durch Abwertung der anderen Währungen oder durch sonstige Offenbarungseide vermindert, wieder zurückbekommt. Wer aber per Saldo weniger Kapital im Ausland anlegen will, muss dafür sorgen, dass die Binnenwirtschaft boomt und die ausgefallene Exportdynamik ersetzt sowie die höheren Importe verkraftet. Jetzt aber durch Steuersenkungen ausländisches Kapital anziehen zu wollen und gleichzeitig die Binnenkonjunktur durch die Mehrwertsteuererhöhung zu erschlagen, heißt Binnenwirtschaft und Export zugleich zu zerdeppern. Na dann, auf ein gutes Gelingen Herr Koch.